

### **TOP 9: Bericht des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz vom 01.04.2005 über den Neubau des Peter-Joerres-Gymnasiums in Bad Neuenahr-Ahrweiler in den Jahren 1989 - 1999**

#### ***Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Dirk F. Banze***

Meine Damen und Herren,

die SPD will die Diskussion über den Bericht des Rechnungshofes dazu nutzen, einmal einen kleinen Teil der Geschichte des Neubaus des PJG zu beleuchten. Nur so können auch einzelne Punkte des Berichtes im richtigen Licht gesehen und gewürdigt werden und das, ohne dem schönen neuen Gymnasium zu schaden, denn die heutigen Nutzer, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sind sicherlich sehr zufrieden mit ihrer schönen neuen Schule.

Die Geschichte, die zum heutigen neuen PJG führte, begann im Jahr 1989 mit einer unsinnigen Verfügung der damaligen Bezirksregierung, nämlich die Zusammenlegung der beiden Gymnasien, Are und PJG am Standort des alten PJG. Die Bemühungen der SPD-Kreistagsfraktion, den Kreistag dazu zu bewegen, gegen diese Verfügung vorzugehen, fand damals leider keine Mehrheit.

Meine Damen und Herren,

nur der Widerspruch einiger Eltern führte zur Aufhebung der Verfügung.

Es wurde sehr schnell deutlich, dass die Räumlichkeiten des PJG offenbar unzureichend für beide Gymnasien waren, beschloss man einen Architekturwettbewerb für ein neues Gymnasium auszuschreiben und der Wettbewerbsentscheid erfolgte am 05. Oktober 1989. Den ersten Preis erhielt wider Erwarten der vom Fachgremium auf den 3. Platz gesetzte Beitrag und bis heute ist das Gerücht, dass den Entscheidungsträgern doch die Herkunft der Pläne bekannt war und der Preis in den Kreis gehen sollte nicht verstummt.

Im Jahre 1991 war dann endgültig klar, dass die Zusammenlegung nicht mehr erfolgen würde.

Im Mai 1992 beschloss dann der Kreistag den Neubau des PJG, übrigens nur dreizügig, und zwar ohne die Auflösung des ARE zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren,

fest steht, dass es keine gesicherte Schülerprognose, übrigens Aufgabe des Kreises, und keine vernünftigen Untersuchungen der Bausubstanz im Kreis gab, trotz vieler Anträge und Mahnungen der SPD.

Heute müsste jedem klar sein, dass unser gemeinsames Schulbauprogramm ohne Bausubstanzuntersuchung und ohne Schülerprognose, die sich bis heute auch bestätigt hat, gar nicht machbar gewesen wäre.

Die SPD hat dem Neubau zugestimmt. Wir hatten zwar dafür plädiert, wenn schon Neubau dann auch vierzügig, aber wir hatten den Neubauplänen dennoch zugestimmt, weil Vierzügigkeit an dem damaligen Standort nicht machbar gewesen wäre.

Der Neubaubeschluss wurde dann noch mehrfach diskutiert, vor allem deshalb, weil inzwischen jedem klar sein musste, dass entsprechend der Schulbaurichtlinien nur die notwendigen Erweiterungen und die Ergänzungen zuschussfähig sein

konnten. Dennoch wird heute immer wieder behauptet, das nur der Wechsel der Landesregierung die Zuschusslage geändert habe. Bis heute konnte uns noch niemand einen rechtskräftigen Zuschussbescheid der alten Landesregierung zeigen.

Meine Damen und Herren,

im Dezember 1992 wurde vom Projektsteuerer dann der kapitalste Fehler in einer langen Reihe von weiteren Fehlern der Baugeschichte gemacht, der zu hohen Kosten führte. Der Architektenvertrag, hervorgegangen aus dem Wettbewerb, zum Bau eines vierzügigen Gymnasiums wurde aufgelöst und zwar mit einer Entschädigung für den entgangenen Gewinn, 850.767,86 DM. Von diesem Betrag wird auch ein Teilbetrag mit neuen Honorarforderungen verrechnet. Gleichzeitig ein neuer Vertrag für ein dreizügiges Gymnasium abgeschlossen. Gleichzeitig wurde ein Vertrag über die Modernisierung, den Umbau und die Erweiterung des PJG alt abgeschlossen und das, obwohl der Kreistag beschlossen hatte, einen Neubau durchzuführen.

Das alles sollte dazu führen, den Nachweis zu erbringen, das Land zahlt zu wenig. Übrigens eine Behauptung, die offenbar auch heute noch in den Köpfen steckt. Allerdings wurden trotz Aufforderung dem Zuschussgeber die geforderten Kostenermittlungen, übrigens schon ohne Architektenauftrag vom Projektsteuerer, Kosten 30.000 DM, längst ermittelt, einfach verweigert (vergl. Seite 7 des Prüfberichts).

Die Verteidigung der Verwaltung, die Planungen am Altstandort wären notwendig gewesen, um dem Land die Kosten der Sanierung und Erweiterung darstellen zu können geht völlig fehl, denn die Umbaupläne und Kostenermittlung wurden ja gar nicht vorgelegt. Richtig ist die Feststellung, dass die Beauftragung, und damit auch die Kosten dafür, hätte vermieden werden können.

Die SPD erwartet bei der Schlussrechnung eine genaue Aufschlüsselung des tatsächlich entstandenen Verlustes und behält sich ausdrücklich vor, Regressforderungen zu erheben.

Die SPD teilt die Auffassung des Rechnungshofes (Seite 20), dass die erste Beauftragung des Architekten im Jahre 1992 stufenweise hätte erfolgen müssen. Der Schaden für den Kreis wäre dann auch nicht entstanden.

Die Beauftragung eines Projektsteuerers, übrigens gegen die Stimmen der SPD-Kreistagsfraktion, hat sich aus vielen Gründen als ein weiterer Fehler herausgestellt und geschah auch noch ohne Ausschreibung und ohne Einholung von Preisangeboten. Bisher sind dafür rd. 306.000 € zusätzlicher Kosten entstanden. Unter anderem bemängelt der Rechnungshof, dass die Qualifikation der eingesetzten Mitarbeiter nicht geprüft wurde.

Meine Damen und Herren,

nun wird wohl auch dem letzten Beteiligten klar, warum wir alle mit dieser Steuerung nicht zufrieden sein können.

Zu Recht bemängelt der Rechnungshof, dass der abgeschlossene Vertrag voller Fehler, Unklarheiten, unsystematischer Aufgabenbeschreibung steckt und keinesfalls dazu geeignet ist, die Aufgaben des Bauherrn zu übernehmen.

Meine Damen und Herren,

unserer Meinung nach ist hier ein echter Schaden entstanden, der dazu hätte führen müssen, dass ein Schadensersatz des Verursachers hätte eingefordert werden müssen. Uns genügt hier nicht die Feststellung der Verwaltung in Zukunft auf eine Projektsteuerung bei Schulbauprojekten zu verzichten.

Hinzu kommt noch, dass es trotz Projektsteuerung auch bei verschiedenen Auftragsvergaben zu groben Fehlern zum Nachteil des Bauherrn gekommen ist.

Meine Damen und Herren,

die Liste der falschen, nicht durchdachten Entscheidungen beim Neubau des PJG ließe sich noch in vielen einzelnen Punkten darstellen, die Schwierigkeiten mit Urheberrecht, ja mit vielen Unstimmigkeiten zwischen Bauherrn, Projektsteuerer und Architekt könnten noch mehrere Seiten meiner Rede erforderlich machen, aber ich möchte an dieser Stelle zu den Konsequenzen, die wir alle gemeinsam ziehen sollten, kommen:

1. Die im Laufe des Verfahrens zwischen den beiden großen Fraktionen in diesem Kreistag, die Ausstattung der Schulen aus der parteipolitischen Auseinandersetzung heraus zu halten, war und ist gut für die Zukunft unserer Schulen.
2. Die Vergabe einer Projektsteuerung ist und bleibt unnötig.
3. Vernünftige und zukunfts feste Pläne können nur auf guten Prognosen und Bausubstanzuntersuchungen verwirklicht werden.

Die SPD bittet den Landrat, diese Erkenntnisse im Rahmen der Bürgermeisterdienstbesprechungen den Städten und Gemeinden zu vermitteln.